



Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter
und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Bezugspreis monatlich 0,50 Goldmark ohne die Bestellgebühr. - Anzeigen: Die 3gespaltene Petitzeile 0,50 Goldmark, Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0,10 Goldmark - Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Nur Postbezug zulässig.

Nur Hungerlöhne können das Gewerbe retten.

Die Verhandlungen im Zentralschlichtungsamt haben den klaren Beweis erbracht, daß die Unternehmer im Buchdruckgewerbe mit ihrer Kündigung des Reichstarifs für das Hilfspersonal nur eine Herabsetzung der Löhne bezwecken wollen. Würden sich unsere Vertreter damit einverstanden erklären, hätte die Gegenseite nichts gegen den Weiterbestand des Reichstarifs einzuwenden gehabt, dann wäre der Tarif auch weiterhin für sie tragbar gewesen. Diese bei den Verhandlungen gemachte Feststellung wird niemand überraschen, unsere Mitglieder wußten vorher, welche guten Absichten die Buch- und Zeitungsdruckereibesitzer hatten und noch haben. Bei allen Lohn- und Tarifverhandlungen legen sich die Prinzipalvertreter sehr energisch für die kleinen Drucker ins Zeug, die unter der Last des Tarifs fast zum Erliegen kommen wollen, bald aber merkt man, daß das Ziel ihrer Wünsche viel weiter gestreckt ist, sie wollen auf der ganzen Linie ein Geschäft machen; bei ihrer Sorge um die Kleinen vergessen sie die Großen nicht, die bei dieser Gelegenheit auch etwas erben wollen. Die „armen“ Provinzdrucker werden vorgeschickt und jammern gottesbarmlich über ihre schwere wirtschaftliche Not — ein Vertreter von ihnen versteht das sehr eindrucksvoll — die Großen im Unternehmertum, denen man solche Klagen niemals eingehen würde, nehmen zuerst abwartende Stellung ein, sind aber mächtig auf dem Posten und verstehen die Beschlüsse am Schluß so zu drehen, daß im großen und ganzen für alle — von wegen der schlechten wirtschaftlichen Lage natürlich — etwas abfällt oder abfallen soll. Sie sind unermüdet, diese Herren, wenn es auch ein oder zweimal daneben gelingt, sie verzagen nicht, schließlich wird ihnen, so denken sie, doch endlich ein Erfolg beschieden sein. Man tut ja, als ob man für den ärmeren Bruder eintritt, paßt aber wie ein Schießhund auf, daß man selbst nicht zu kurz kommt.

Zuerst wollten die Unternehmer überhaupt keinen Tarif, absolut keinen, selbst bei gekürzten Tariflöhnen, da die Löhne nie so niedrig tariflich festgelegt werden, daß ihnen ein Tarif schmackhaft wird. Dann kamen sie mit ihren Reklameentwürfen, über die wohl kaum zu sprechen ist; sie zeigen uns nur das Tarifideal der Unternehmer im Buch- und Zeitungsdruckgewerbe, ein Ideal, dem sie immer vergeblich nachzueilen können, wenn es ihnen Spaß macht. Zum Schluß wird es aber ganz anders ausgefallen haben, nicht ihr Ideal aber ihr zeitliches Wünschen, und hätten unsere Vertreter nur ein kleines bei den Bühnen der Kolleginnen nachgegeben, die Unternehmer wären wieder, das ist 10 gegen 1 zu weiten, tariffreundlich geworden. Zweifellos hätte dieser Abbau für kleine und große Orte und Betriebe erfolgen müssen. Auf diese abschüssige Bahn werden sich unsere Verbände nie drängen lassen, haben es bei der organisatorischen Stärke und dem festen Zusammenhalt der Mitglieder nicht nötig.

Die Unternehmer haben den Schiedspruch abgelehnt, einstimmig abgelehnt, wie die „Zeitschrift“ meldet. Sie finden die Entscheidung des Zentralschlichtungsamts sonderbar und noch sonderbarer die Begründung, weil der Vorstehende einen Lohnabbau für die gegenwärtige Wirtschaftslage des Gewerbes für untragbar hält. Die „Zeitschrift“ behauptet, daß sich die Lage des Buchdruckgewerbes „von Monat zu Monat, ja von Woche zu Woche verschlechtert“, und ist deshalb von der Auslegung des Spruches „mehr als eigenartig“ berührt. Ihre Vermutung, daß unsere Verbandsleitung die Verbindlichkeitserklärung des Schiedspruches beantragen wird, trifft zu. Sie hat es bereits getan, am Mittwoch, den 24. Februar, fanden Verhandlungen darüber im Reichsarbeitsministerium statt, über die zur Stunde noch kein Ergebnis vorliegt. Wir hoffen im Gegensatz zu den Unternehmern, daß der Minister wieder die Allgemeinverbindlichkeit aussprechen wird. Vorläufig ist der Tarif noch allgemeinverbindlich, über einen Antrag der Unternehmer, die Allgemeinverbindlichkeit aufzuheben, hat der Minister bisher nicht entschieden.

Unsere Mitglieder dürfen sich bei der jetzt bestehenden Situation nicht in Ruhe wiegen, müssen vielmehr

zu noch größerer Aktivität bereit sein. Die Entscheidung des Zentralschlichtungsamts hat die Unternehmer sehr verärgert, sie hatten wahrscheinlich bestimmt angenommen, daß die Unparteilichen ihnen den Gefallen einer Kürzung der Tariflöhne tun würden. Sie sind unweirlich geworden, weil ihnen ihr Trick mit der schlechten Wirtschaftslage nicht gelungen ist. Es ist darum anzunehmen, daß einzelne ihren Unmut an den Kollegen und Kolleginnen im Betriebe austauschen werden. Man wird auf Umwegen versuchen, die Löhne abzubauen, wird mit Entlassung drohen, wenn die Hilfsarbeiter nicht billiger arbeiten wollen. Bei solchen Vorfällen, die schon vorgekommen sind, haben die Mitglieder sich an ihren Vorstand oder an die Bauleitung zu wenden, die sofort einschreiten wird. Niemals dürfen die Kollegen oder Kolleginnen etwa unterschriftlich einen andern als durch den Tarif festgelegten Arbeitsvertrag anerkennen. Ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind durch den allgemeinverbindlichen Tarif geregelt und kein Unternehmer kann sie zwingen, von den Bestimmungen des Tarifs abzuweichen. Wer den Unternehmern trotzdem auf den Leim kriecht, schädigt sich nicht nur, sondern auch die Allgemeinheit, weil die Herren vom DVB, dann mit der Behauptung kommen werden, daß die Hilfsarbeiter gar nicht auf die tarifliche Säge bestehen und nur die Verbandsleitung, die Gewerkschaftsführer, die bösen Kerle sind und aus persönlichen Motiven handeln.

Was die Unternehmer im Buchdruckgewerbe tun möchten aber zu tun gewillt sind, scheint ihnen von höherer Stelle eingeleitet worden zu sein. Sie nicht allein gehen gegen die Arbeiter so rigoros vor, das gesamte Unternehmertum will die Lasten der Wirtschaftskrise auf die Schultern der Arbeiterschaft abwälzen. Im Buchdruckgewerbe will man nur ein besonderes Geschäft daraus machen, denn diese Unternehmer haben keinen Anlaß, über eine besondere Notlage zu klagen, und wäre sie vorhanden, könnten auch schlecht bezahlte Arbeiter sie nicht vor der Katastrophe retten. Trotz bestehender Tarife versuchen die Unternehmer die Arbeiter zu drücken, sie versuchen eine einseitige Herabsetzung tariflich vereinbarter Löhne durchzuführen. Die angewandten Mittel sind schäbig und schlecht, die Drohung mit der Entlassung soll die Arbeiter gefügig machen, ihre tariflichen Rechte aufzugeben. Die Unternehmer legen die Betriebe vorübergehend still und stellen dann nur die Arbeiter ein, die durch die Not gezwungen, zu einem geringeren Lohn, als tariflich vereinbart ist, wieder anfangen wollen. Oder sie drohen mit der Stilllegung, wenn die Arbeiter sich keine Lohnkürzungen gefallen lassen wollen. Was kümmern sich Unternehmer um Treu und Glauben, die Grundlagen eines Tarifvertrages sind, wenn ihnen Zeit und Umstände günstig erscheinen, durch Tarifverletzung besondere Geschäfte zu machen.

Selbst der Regierungsstellen wird dieses Treiben der Unternehmer zu bunt. Sie erkennen die Gefahren einer derartigen, gegen die guten Sitten verstoßenden Handlungsweise der Unternehmer. Man kann, ohne Propheet zu sein, voraussetzen, daß die Arbeiterschaft bei günstiger Gelegenheit den Spieß umdrehen wird, wenn die Unternehmer sich nicht bald umstellen. Der Zentralverband der Schuhmacher hat sich wegen derartigen Vorwommisse an den Reichsarbeitsminister gewandt, worauf dem Verband der Deutschen Schuh- und Schäftefabrikanten folgendes Schreiben vom Minister zugeht:

Abschrift. Berlin NW, den 8. Februar 1926. Scharnhorststr. 35.
Der Reichsarbeitsminister.
III C 210.
An den
Verband der Deutschen Schuh- und Schäftefabrikanten E. B.,
Berlin O 2.
Betr.: Einseitige Herabsetzung tariflich vereinbarter Löhne.
Von Arbeitnehmerseite wird bei mir Klage darüber geführt, daß viele Firmen, die den am Tarifvertrag beteiligten Arbeitgeberverbänden angehören, ihre Arbeiter zu niedrigeren Sätzen entlohnten, als

tarifvertraglich vereinbart ist. Ein Teil der Firmen soll sich hierzu nach vorübergehender Stilllegung des Betriebes für berechtigt halten, andere Firmen sollen innerhalb des Laufes der Sperrfrist erklären, daß die Stilllegung vermieden werden könne, wenn sich die Arbeiter mit niedrigeren Lohnsätzen abfinden würden.

Wenn ich auch die derzeitige schlechte wirtschaftliche Lage der Schuhindustrie durchaus nicht unterschätze und die außerordentlichen Schwierigkeiten vieler Betriebe kenne, so kann ich doch ein solches Verfahren, wenn es den Tatsachen entsprechen sollte, im Interesse geordneter tariflicher Verhältnisse und damit auch im Interesse der Arbeitgeber selbst nicht gutheißen. Ich befürchte von ihm außerordentliche Gefahren für die weitere reibungslose Zusammenarbeit der beteiligten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände. Der Grundsatz der Vertragstreue erfordert, daß einmal eingegangene Verträge erfüllt werden, auch wenn dies nur mit Schwierigkeiten durchführbar ist. Würde dieser Grundsatz verlassen, so müßte das gegenseitige Vertrauen, auf dem das ganze Tarifvertragswesen beruht, aufs schwerste leiden.

Ich bitte den Klagen nachzugehen und gegebenenfalls die Mitgliedsfirmen auf das Innehalten der tariflich vereinbarten Lohnsätze nachdrücklich hinzuwirken.

Den übrigen beteiligten Arbeitgeberverbänden bitte ich Kenntnis zu geben.

gez.: Dr. Brauns.

Bei der Unmoral der deutschen Unternehmer wird man auf eine günstige Wirkung dieses Schreibens kaum rechnen können, jedenfalls dürfen sich die Arbeiter nicht allzu großen Hoffnungen hingeben. Sicher sind die Arbeiter nur dann vor Uebergriffen des Unternehmertums, wenn sie sich auf eine feste, gut gefügte Organisation verlassen können. Das gilt auch bei unserm Tarifsonstigen im Buchdruckgewerbe. Der verübene Kampf der Unternehmer gilt zuerst den Gewerkschaften, ist die Kraft der Organisationen gebrochen, haben sie ein leichtes Spiel mit den Arbeitern. Unsere Mitglieder wissen das und werden sich darauf in ihrer Handlungsweise einstellen müssen.

Steht die deutsche Wirtschaft vor einer Konjunkturbelebung?

Millionen von Arbeitern und Angestellten, die, von der ungeheuren Wirtschaftskrise betroffen, ihre Beschäftigung verloren haben oder aber als Kurzarbeiter fast der gleichen Not wie die Erwerbslosen preisgegeben sind, warten gespannt auf den „Silbertreifen“ am Horizont, der ihnen die Rückkehr zur alten Beschäftigung bedeutet.

Ein wichtiges Zeichen gibt es allerdings, das auf eine bevorstehende Belebung der Konjunktur hinweist; das ist die Tatsache der Kreditverweigerung. Neue Kredite sollen der deutschen Wirtschaft in zweierlei Form zufließen: einmal aus den ausländischen Anleihen, die in der letzten Zeit wieder ausgiebig gewährt werden, zum anderen aber durch die von der Reichsbank angekündigte Wiederausgabe, wenn nicht Aufgabe der bisher verfolgten Politik der Kreditbeschränkung. Die Erweiterung der Kredite bedeutet aber Verbesserung der Konjunktur. Aus den Krediten kann der Produktionsapparat ergänzt oder vervollkommen werden, können Rohstoffe gekauft, Arbeiter eingestellt, Löhne und Gehälter gezahlt werden. Auslandsanleihen bedeuten in besserer Beziehung Übertragung der Kaufkraft von dem borgenden Ausland auf das kreditnehmende Inland. Die neuen inländischen Kredite für die Wirtschaft — ob sie nun auf früheren Ersparnissen beruhen oder aber ursprünglich zur Erweiterung der Produktion geschaffen werden — bedeuten ebenfalls neu hinzukommende Kaufkraft.

Wieso kommt es, daß, trotzdem die Auslandskredite schon seit längerer Zeit wieder einfließen, und die Erweiterung der inländischen Kreditbasis schon vor längerer Zeit angekündigt wurde, die Belebung der Konjunktur noch nicht einsetzt? Dies kommt daher, daß die Wirtschaftskrise, vor allem die gegenwärtige in Deutschland, auch eine Vertrauenskrise ist. Das zur Kreditgewährung nötige Vertrauen in die Tragfähigkeit der Wirtschaft ist erschüttert,

weshalb selbst die vorhandenen Kapitalien von den Banken nicht voll ausgeben werden. Die ausländischen Anleihen liegen, bevor sie ihrer endgültigen Bestimmung zugeführt werden, bei den deutschen Banken, die sie aber nicht der Wirtschaft zuführen, sondern als Einlagen zu ganz niedriger Verzinsung, ja sogar ohne Verzinsung liegen lassen. Sofern der Wirtschaft Kredite gewährt werden, so geschieht das trotz der jüngst erfolgten Herabsetzung der Reichsbankzinsrate immer noch zu hohen Zinsen, was einer Erweiterung der Kreditbasis hinderlich im Wege steht. In dem relativ niedrigen Reichsbankzinsfuß erhalten nur bevorzugte Kreise Kredite, während die übrige Wirtschaft auch heute noch — wenn auch ihre Zinslast gegenüber 1924 wesentlich geringer wurde — Zinsen zahlen muß, welche unter Anrechnung der verschiedenen Provisionen etwa das Zweifache der Reichsbankzinsen ausmachen. Diese Zinspolitik und die Vertrauenskrise verhindern die als Folge der Kreditverengung zu erwartende Belebung der Konjunktur.

Wenn wir trotzdem annehmen, daß die konjunkturdrohende Vertrauenskrise einer zuverlässigeren Beurteilung der Lage weichen wird, und daß brachliegende Kapitalien schließlich ihren Weg in die Wirtschaft finden werden, so stehen wir wieder vor neuen Problemen, deren Gewicht nicht unterschätzt werden darf.

Die Konjunkturbelebung pflegt immer mit Preiserebhungen einherzugehen. Was aber der deutschen Wirtschaft nützt, ist ein Preisabau. Das deutsche Preisniveau ist immer noch zu hoch. Der amtliche Großhandelsindex gibt über die wirkliche Höhe der Preise keinen richtigen Aufschluß, da die Kleinhandelspreise — und schließlich kommt es in den meisten Fällen auf die Kleinhandelspreise an — außerordentlich hoch sind. Auch der Reparationsagent hat in seinem jüngst veröffentlichten Bericht auf diesen Umstand nachdrücklich hingewiesen. Er hat ein charakteristisches Beispiel für diese Lage angeführt: Der durchschnittliche Preis von drei Sorten Rindvieh betrug im Sommer 1925 95 Proz. des Vorkriegspreises, der durchschnittliche Fleischpreis dieser drei Sorten betrug im Großhandel 119 Proz., im Kleinhandel dagegen 136 bis 250 Proz. der Vorkriegspreise. Die letzte Nummer des „Economist“ widmet der Erklärung der derzeitigen Höhe der deutschen Preise eine besondere Untersuchung, was deshalb auffallend ist, weil es zeigt, daß selbst das Ausland, welches sich über die niedrigen deutschen Löhne, die die internationale Konkurrenz erschweren, beklagt, trotzdem die außerordentliche Höhe des deutschen Preisniveaus anerkennt. Der Preisabau ist unerlässlich notwendig, wenn die Ausfuhr gesteigert werden soll. Nicht weniger notwendig ist aber die Preisentlastung für die im Inland verbrauchten Waren, schon deshalb, weil die Steigerung der Ausfuhr eine Verdrängerung der Produktionsbasis voraussetzt, die wieder nur möglich ist, wenn im Inland ein kaufkräftiges Publikum die Waren aufzunehmen vermag. Bei den gegenwärtigen hohen Preisen kann dies aber nicht geschehen. So stehen wir hier vor einem Problem: auf der einen Seite Belebung der Konjunktur mit steigenden Preisen, auf der anderen die Notwendigkeit des Preisabbaues. Sehr verschärft wird dieses Problem noch durch ein zweites, nämlich die Notwendigkeit der Umstellung und der Rationalisierung der Produktion. Niemand kann sich der Tatsache verschließen, daß diese Rationalisierung durch Verbesserung der Organisation, vor allem durch Ausschaltung der nicht lebensfähigen Betriebe, unvermeidlich ist. Dieser Ausleseprozeß kann aber nur durch einen Druck auf die Produktion erreicht werden, der die lebensfähigen Betriebe zur Rationalisierung zwingt, den nicht lebensfähigen aber das Lebenslicht ausbläst. Wenn nun umfangreiche Kredite gewährt werden, so wird, wie manche wohlmeinende Kritiker befürchten, dieser Rationalisierungsprozeß aufgehalten. So ist z. B. eines der größten Uebel die allzu große Lagerhaltung bei den Industriebetrieben und Ladengeschäften. Vermehrte und verbilligte Kredite können jedoch zur Beibehaltung der überflüssigen großen Lager beitragen, indem sie das Durchhalten der Waren bis zu deren Preiserebhung ermöglichen. Auch sonst können aber die nicht lebensfähigen Betriebe mit Hilfe der neuen Kredite

zum Schaden des Reinigungsprozesses künstlich über Wasser gehalten werden. Die Kreditausdehnung führt vermehrte Nachfrage herbei und verhilft somit den Unternehmern zu Gewinnen, die sonst nur durch eine gründliche Rationalisierung der Betriebe zu erreichen wären. Deshalb meinen die erwähnten Wirtschaftspolitiker, es ist besser, den weiteren Verlauf der Wirtschaftskrise mit Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in Kauf zu nehmen, und diese bis zum bitteren Ende auszuhalten, als daß nach Abflauen des Kreditstromes die Krise mit um so größerer Wucht aufzutreten würde.

Das Gewicht dieser Bedenken kann nicht bestritten werden. Sie können uns aber nicht dazu verführen, die Konjunkturbelebung durch Kredite von der Hand zu weisen. Es ist durchaus nicht notwendig, daß die Rationalisierung der Produktion mit wachsendem Ueberschuß der Bevölkerung und mit dem weiteren ungeheuren Anschwellen der Arbeitslosigkeit einhergeht. Nützlich ist aber, daß der Druck zur Rationalisierung in Ordnung nicht aufhört. So hohe Löhne sind auf jeden Fall der wirksamste Antrieb zu technischen Verbesserungen. Es gehört aber auch eine energische Preiskontrolle, vor allem eine verschärfte Kontrolle über die Kartelle dazu, um die zu erwartenden Preissteigerungen in ihrem Ausmaß zurückzuführen. Die Kartelle müssen gezwungen werden, der durch Kredite vermehrte Nachfrage nach Produktions- und Konsumgütern ein vermehrtes Warenangebot zu billigen Preisen entgegenzusetzen, damit die inflatorischen Wirkungen der Kreditausdehnung vermieden werden. Freilich wäre auch die richtige Verteilung der Kredite von großer Wichtigkeit. Selbst bei vermehrtem Kreditumfang wäre eine Auslese unter den Kreditnehmern durchaus möglich, falls hierüber die allgemeinen Interessen der Volkswirtschaft den Entschluß geben würden. Von dem Zustand einer durchgreifenden Kreditkontrolle sind wir allerdings weit entfernt. Für jeden Fall soll aber betont werden, daß bei richtiger Wirtschaftspolitik Konjunkturbelebung und Rationalisierung der Produktion einander nicht ausschließen müssen. A. S.

Hochgeschraubte Lebensansprüche.

Als vor Wochen die Frage einer Wirtschaftsdiktatur durch die Industrie diskutiert wurde, hauchte der Generaldirektor des Wintershall-Konzerns, Herr August Koster, in diese Reihe. Er verlangte einen Wirtschaftsdirektor, dem von der Regierung weitgehende Vollmachten gegeben werden müßten. Deshalb von der linksgerichteten Presse scharf angegriffen, kommt Koster in der „Bergwerkszeitung“ vom 16. Februar in einem Artikel, „Der Streit um die Arbeitszeit“ auf dieses Thema zurück. Die Forderung einer Wirtschaftsdiktatur umschreibt Koster in dem neuen Artikel folgendermaßen: „Was den Wirtschaftsdirektor anbelangt, so halte ich durchaus nicht im Auge, ihm die Diktatur zu übertragen. Im Gegenteil, er sollte nur dafür sorgen, daß sämtliche Arbeitszeitverordnungen aufgehoben würden, und die Wirtschaft dann freilich ist, daß alle, was in einem demokratischen Staat üblich sein sollte, der Arbeitgeber ebenso frei ist, wie der Arbeitnehmer. Der Wirtschaftsdirektor sollte nur der Hüter dafür sein, daß die Parlamentarier und die Regierungen die Wirtschaft nicht mehr anrühren, in anderen Worten, er sollte die jetzt von diesen geübte verkappte Diktatur aufheben und völlige Freiheit schaffen.“

Wenn auch Koster seine erste Forderung etwas abzuschwächen versucht, so ist es im Endeffekt noch immer dasselbe, nämlich, daß er einen Diktator haben will, der alle Gesetze aufheben soll, die zum Schutze der Arbeitskraft geschaffen wurden. Herr Koster kommt auf die „hochgeschraubten Lebensansprüche aller Bevölkerungskreise, auch der Arbeiter, die ebenfalls lebensverteuert werden“, zu sprechen. Wenn man einen solchen Satz liest, dann muß doch allen Erstes gefragt werden, wo denn eigentlich die „hochgeschraubten Lebensansprüche“ der Arbeiter zu finden sind. Gewiß verlangt auch der Arbeiter, und dies mit vollem Recht, den Lebensanspruch eines Kulturmenschen. Doch bei der heutigen sozialen Lage der arbeitenden Bevölkerung in Deutschland kann man doch wahrhaftig nicht von hochgeschraubten Ansprüchen reden. Da die leidlichen Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt einzig und allein darauf zurückzuführen sind, daß in Deutschland dank der Fürsorge der Gewerkschaften eine gewisse Kaufkraft der breiten Massen vorhanden ist, sollte man von einem Wirtschafts-

fürer soviel Einsicht verlangen, nicht auch noch diese Möglichkeit des Warenabzuges unterbinden zu wollen. Doch was gelten bei solchen Herren volkswirtschaftliche Einsichten. Worauf es ihnen ankommt, sagt Koster in folgendem Wortlaut: „Die Unternehmer sollten sich mit ihren Angehörigen und Arbeitern über die Arbeitsbedingungen von Fall zu Fall auch in Deutschland verständigen. Ich bin überzeugt, daß das durchaus möglich ist. Bei derartigen Vorgehen würden wir bald die notwendigsten Produktions-erhöhungen und Preisentlastungen auf allen Gebieten bekommen, und damit wäre die Voraussetzung für eine weitere Entwicklung geschaffen.“

Was soll in diesen Worten zum Ausdruck kommen? Ausschaltung der Gewerkschaften bei der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Denn Herr Koster will ja nur mit „seinen“ Arbeitern und Angestellten verhandeln. Wirtschaftliche Werte und Volkseinkommen, so läßt sich Herr Koster weiter aus, „werden nur durch Arbeit geschaffen. Weder Regierung und Parlamente noch Organisationen lagern dies dem Volke mit aller Deutlichkeit, noch treffen sie Maßnahmen, die Arbeitsleistung zu erhöhen. Im Gegenteil, der Arbeitsminister trägt die Arbeitszeit, erhöht aber dadurch mit diktatorischer Gewalt die Löhne. Hier, in der nach Zeit und Leistung zu geringen Arbeit, liegt das Grundübel.“ Also auch der Reichsarbeitsminister bekommt seinen Hebel. Die Unzufriedenheit mit dem heute bestehenden Schlichtungswesen kommt in den Worten deutlich zum Ausdruck.

Nicht ganz unrecht dürfte Herr Koster haben, wenn er schreibt: „Es ist verfehlt, die Schuld auf Abstricheln zu schieben. Warum haben wir Abstricheln? Ich heiße dabei, daß der Abstrich jeder Ware lediglich eine Preisfrage ist. Wenn man billig genug verkaufen kann, ist man anderen Blickern voraus und wird dann Abstrich im In- und Auslande finden.“ Wenige Unternehmer wird es in Deutschland geben, die von dieser Weisheit durchdrungen sind. Das hohe Preisniveau ist noch nicht einmal durch die furchtbare Krise zum Wanken gekommen. Und trotzdem kann die Krise am ehesten und durchschlagendsten von der Seite der Warenpreise zum Weichen gebracht werden. Denn in der Tat schaffen niedrige Warenpreise Abstrich im In- und Auslande. Wenn aber Herr Koster verlangt, daß die Preisfrage gelöst werden soll, indem die Arbeitszeit vergrößert und die Löhne getürzt werden, dann müßten wir ihm den schärfsten Widerstand entgegensetzen.

Herr Koster hat in der Metallindustrie mit rücksichtslosen Maßnahmen die Rationalisierung dieser Industrie zu lösen verstanden. So in der Förderung befindliche Ralschächte liefern mehr Ralsprodukte als zweimal soviel in der Vorkriegszeit. Dieses Ergebnis wurde erreicht, indem nicht voll leistungsfähige Anlagen ohne jede Zögerung stillgelegt wurden. Die in Betrieb befindlichen Anlagen wurden neben technischen Verbesserungen mit allen Mitteln der Arbeitsteilung um- und der intensiven Tätigkeit der Belegschaft zur höchsten Rentabilität gebracht. Etwas ähnliches mag Herr Koster auch für andere Industrien vorschlagen. In der Fortsetzung des oben besprochenen Artikels kommt Koster in einer Polemik gegen den Stellvertreter des Gewerkschaftsbundes, Dr. Jüngst, auf die Lage des Kohlenbergbaues zu sprechen. Hier vertritt Koster den Standpunkt, daß eine Senkung der Kohlenpreise ohne weiteres möglich gemacht werden müßte.

Die deutsche Arbeitskraft ist gegen jede wie immer auch geartete Wirtschaftsdiktatur. Sie ist auch nicht in der Lage, ihre Lebensansprüche zu vernachlässigen. Sie unterliegt Maßnahmen, die zur Senkung des Preisniveaus führen können, mit der Einschränkung allerdings, daß eine solche Gesenkung der Wirtschaft einzig und allein auf Kosten der Arbeiter und Angestellten geht. Die Lebensansprüche zurückzuschrauben, dafür liegt nicht die geringste Veranlassung vor, inwiefern der Lebensstandard der Arbeiter und Angestellten in anderen Ländern einen weit höheren Stand zeigt.

Frauenbildung und -berufe.

(Alle Rechte vom Verfasser vorbehalten.)

Im Jahre 1881 schrieb der bekannte Kulturgeschichtsschreiber W. S. Riehl in seinem Buche über die „Familie“: „Seit den Tagen, wo die „Familie“ zuerst erschien, sind wir in eine neue Zeit eingetreten. Deutschland, Europa hat sich gründlich verändert, neue Ideale des politischen und sozialen Lebens erfüllt und bewegen unser Volk, wir denken anders, empfinden anders als damals. Wir haben viel lernen und viel vergessen müssen.“ Mehr als ein Menschenalter ist seitdem dahingegangen, aber Riehls Worte

Siebsthaft.

Eine Stunde, nachdem sie angekommen waren, starb er, ohne sie überhaupt noch erkannt zu haben.
 „Leise schloß sie die Altköcher und ließ sich weinend auf dem abgenutzten Lehnsstuhl nieder.“
 „Kauf doch, bitte, nicht immer so hin und her, du machst mich ganz nervös ... hörst du nicht?“
 „Deine, deine Schuld!“
 „Was ist meine Schuld? Was, was, was?“
 „Du weißt es wohl. Du wollest dich nicht beugen!“
 „Mein!“
 „Nun sind wir zu spät gekommen.“
 „Wo ist das Geschöpf geblieben?“
 „Weggegangen.“
 „Die Schandperson, die Schamlose ...“
 „Still doch!“
 „Hat sie hier bei ihm gewohnt?“
 „Ja.“
 „Sie kommt doch nicht noch mal hierher zurück?“
 „Das wird sie wohl nicht.“
 „Hast du mit ihr gesprochen?“
 „Raum.“
 „Was sagte sie zu dir?“
 „Nichts.“
 „Nichts?“
 „Sie meinte.“
 „Hast du ihr gesagt, daß sie nun ihr Bündel schnüren muß?“
 „Mein.“
 „Warum nicht?“
 „Ich hatte Mitleid mit ihr. Du hättest sie sehen sollen ... so lieblich ... Mit verweinten Augen!“

„Das kann mich nicht rühren ... Das läßt mich kalt!“
 „Sprich doch leise, Marie ... denk an Jan ...“
 „An Jan ... an Jan ... mein armer Junge!“
 „Daß die Altköcher zu, Rind ... wir können's nicht mehr ändern!“
 „Mein armer Junge ... daß er mich nicht mehr erkannt hat ... ich bin doch seine Mutter!“
 „Recht so. Wein' dich nur aus ...“
 „Ach, wenn er dem Geschöpf doch nie begegnet wäre ...“
 „Leise doch!“
 „Wenn wir's eher gemerkt hätten, hätte ich ihn doch pflegen können, hättest du ihn doch pflegen können! ... Wer hat eigentlich telegraphiert?“
 „... Sie.“
 „... Sie?“
 „... Ja.“
 „... Hätte sie das nicht früher tun können?“
 „... Sie durfte nicht.“
 „... Warum nicht?“
 „... Weil ... daß mich dir's lieber nicht sagen, Marie!“
 „Warum nicht? Mach' mich doch nicht noch aufgeregt!“
 „... Weil Jan es nicht wollte.“
 „... Wollte er uns nicht mehr seh'n?“
 „... Mein.“
 „... Das Scheusal, das gemeine Frauengzimmer!“
 „... Leise, leise doch!“
 „... Hat sie dir das gesagt?“
 „Ja!“
 „Dann hat sie's gelogen ... Das kann sie dir nicht gesagt haben ... seine eigenen Eltern!“
 „... Sie hat es nicht gelogen!“

„Hieß er denn soviel von ihr?“
 „Rind, Rind, ich habe es dir doch so oft gesagt!“
 „Halt deinen Mund! Ich will nichts mehr wissen ... wirf den Hut hier heraus!“
 „Marie, Marie!“
 „Ich mag von dem Frauengzimmer nichts seh'n.“
 „... daß ihn doch liegen, Rind, Dent' an Jan, der ...“
 „Mein armer, mein einziger Junge! ... daß er so früh schon sterben mußte ... warum gibst' einen Gott ... wenn Junge Menschen so schnell sterben müssen?“
 „... Das quält mich nicht. Ich bereue, daß ich auf dich gehört habe ... was brauchtest du mich auch so aufzusuchen ... nun ist alles zu spät!“
 „Bereuen? Bereuen? Hättest du es denn gewollt, daß er das von der Straße aufgelesene Frauengzimmer geheiratet hätte?“
 „Warum nicht, warum nicht!“
 „Bist du total verrückt geworden?“
 „Mein, ich bin nicht verrückt! ... Was hast du nun erreicht ... nun haben sie doch zusammen gewohnt, gelebt wie Mann und Frau ... und wir sind die Fremden ... zu spät ... zu spät!“
 „In Gottes Namen ... Besser als so'n gemeines Geschöpf zur Schwelgerdöchter!“
 „Aber er liebte sie doch! ... Was machst du da, Marie? Was tust du? ... daß das sieh'n, Marie ... verändere nichts in diesem Zimmer ... Da liegt Jan ... pfui!“
 „Herzlich Willkommen! In tausend Stücke! Sol' sol' sol' ... ich will kein Bild von diesem Geschöpf hier sehen!“
 „Da sieht ja doch auch noch eins auf dem Ramen, und da auf dem Schreibtisch auch noch eins ... mein, bleib' davon, ich will nicht, daß du's verdirbst!“

gelten auch heute noch dasselbe. Was bedeutet allein das Hervortreten des an Sach- und geistigen Gütern reichen Amerika für Europa! Wie haben der Krieg und die nachfolgenden Umwälzungen auf alle Gebiete menschlicher Betätigung eingewirkt!

Wir können es bedauern, daß die Zahl der unbekanntem um die Außenwelt in ihrem kleinen friedlichen Kreise waltenden Hausfrauen immer kleiner wird; aber: Veränderungen in der Technik und Wirtschaft zwingen die Menschen, sich ihnen anzupassen. Heute muß eben auch ein Teil der Frauen immer mehr hinein in die Arbeit, die früher mehr von Männern verrichtet wurde. Daß sich die Frauen auf diese Tätigkeiten auch zu- mäßig vorbereiten müssen, leuchtet jedem Verständigen ein. Vor allem müssen sich die erwerbsfähigen Frauen das für die heutige Zeit nötige Wissen und Können erwerben, aber auch die Hausfrauen können heute nicht mehr recht noch den Kenntnissen wirtschaftlichen, die vor fünfzig oder mehr Jahren ausgereicht haben. Selbst auf dem Lande und im Dorf werden die Frauen seltener, die ihre Verwendung allein aus dem Kalender schöpfen.

Für die Frau ist es aber sehr schwierig, voranzuschreiten, ob sie sich hauptsächlich in der Familie oder in einem Beruf betätigen müssen. Durch die Erziehung und Ausbildung sollen die Frauen auf diese beiden Möglichkeiten vorbereitet werden. Während des Krieges wurde die hauswirtschaftliche Seite der Ausbildung vernachlässigt. Die Frauen mußten die Männer in allen möglichen Berufen vertreten. Aber schon damals hat es sich gezeigt, daß die einseitige Berufsausbildung der Frauen nicht zu ihrem Glück ist, und daß die Mädchen hauswirtschaftlich und beruflich ausgebildet werden sollten. In einem Aufruf jener Zeit hieß es: „Die Not unseres Volkes verlangt gebieterisch, bei der Ausbildungsfrage unserer Mädchen den Doppelberuf der Frau die bisher verabsäumte notwendige Beachtung zu schenken.“

In diesem Ziel sind die meisten einig, aber über den Weg dahin gehen die Meinungen sehr auseinander. Die hauswirtschaftliche Ausbildung kann nur im Hause, in der Familie vor sich gehen, sagen die einen; andere wollen diese Aufgabe der Schule oder besonderen Anstalten zuweisen. Die wirtschaftlichen Verhältnisse sind in den einzelnen Gegenden und Wirtschaftsbereichen, auf dem Lande, in der Klein-, Mittel- und Großstadt so verschieden, daß hier dieser, dort jener Vorschlag zweckmäßig sein wird. Wenn die Schule die hauswirtschaftliche und erwerbsberufliche Ausbildung mit übernehmen soll, so wird das Mädchen länger in der Schule gehen müssen als der Knabe. Damit ist allerdings der Nachteil verbunden, daß das Mädchen später Geld verdienen kann als der Knabe. Für den Fall, wo diese Doppelausbildung durch die Schule vermittelt wird, sind als Unterrichtsfächer vorgeschlagen worden: Kochen, Hausarbeit mit Wohnungs- und Wäschebehandlung. Außerdem sollen die Schülerinnen in Warenkunde, Ernährungslehre und hauswirtschaftlichem Rechnen unterrichtet werden. Vorgesehen sind auch: Weisübungen, Gesundheitspflege und -lehre, Deutsch und Sings. Von der „Lebenskunde“ als besonderem Fach sieht dieser Vorschlag ab, weil eine Erziehung und Beeinflussung der Schülerinnen nach dieser Richtung hin durch jedes einzelne der erwähnten Unterrichtsfächer in weitem Maße gegeben sei.

Während des Krieges ist viel von einem „weiblichen Dienstjahr“ die Rede gewesen. Der Gedanke hat gleich bei seinem Auftreten zahlreiche Gegenansichten ausgelöst; er ist nach dem langen und unglücklichen Kriege über den vorbringlichen Aufgaben der Nachkriegszeit wieder vergessen worden. Von den Gegnerinnen dieses Dienstjahrgedankens ist gesagt worden, die Dienstlichkeit habe nicht die Aufgabe, die Frau für das Haus zu erziehen. Die Mutter oder die Betreuerin solle das Kind spielen, ohne Zwang an die Arbeit heranführen und das mütterliche Beispiel solle das Kind zur Pflichterfüllung erziehen. Das läßt sich hören. Wie ist es aber, wenn die Mutter fehlt, beruflich abgehalten ist, oder von den Dingen, die sie lehren soll, nicht genügend versteht? In vielen Fällen werden also Ausbildungsmöglichkeiten außerhalb des Hauses erwünscht und nötig sein. Aus den Verhandlungen der „berufsunfähigen Woche“ (1925 in Berlin) ging hervor, daß immer mehr erstrebt wird, die Ausbildung auch in der Hauswirtschaft lehrplanmäßig und mit einer abschließenden Prüfung einzurichten, soweit es sich um die städtischen hauswirtschaftlichen Berufe handelt. Die hauptsächlichste Aufgabe sei die Heranbildung der Hausgehilfin und der Hauspflegerinnen, ferner von Hauswirtschaftslehrerinnen an Handels- und Gewerbeschulen. In manchen Städten ist nach dem Vorbild der Stadt Bremen

ein hauswirtschaftliches Lehrjahr für alle schulentlassenen Mädchen eingeführt worden. Bei der genannten Tagung wurde nicht nur für die jugendlichen Berufsamateurinnen, sondern auch für die Hausfrauen selber Gelegenheit zur hauswirtschaftlichen Ausbildung gefordert. Es habe sich in vielen Fällen Mangel an solchen Kenntnissen gezeigt, z. B., als nach dem Kriege viele Frauen, die einen eigenen Hausstand hatten, gezwungen gewesen seien, sich nach einem hauswirtschaftlichen Beruf umzusehen. Die Notwendigkeit einer guten hauswirtschaftlichen Ausbildung wird noch begreiflicher, wenn man bedenkt, daß etwa 60 Proz. des Volkseinkommens durch die Hände der Hausfrauen gehen. Die Berichtstatterin über die ländliche hauswirtschaftliche Ausbildung bei der berufsunfähigen Woche befürwortete eine Ciberierung der Ausbildung je nach der Art der zuvor besuchten allgemeinen Schulen; Volksschule, Mittelschule, Lyzeum. Aus der ersten Gruppe (Volksschülerinnen) sollte der ländlich hauswirtschaftliche Lehrling hervorgehen, die Jungwirtin und Wirtin oder Mamsell, die Geflügelzüchterin und die Gärtnerin. Die Angehörigen der Gruppe 2 (Mittelschülerinnen) sollen dieselben Ausbildungsmöglichkeiten haben, dazu noch die als Hausabspülerin, Fachgärtnerin, Außensetzerin und Landpflegerin. Aus der 3. Gruppe (Lyzeumschülerinnen) sollen die Leiterinnen und Lehrerinnen an allen privaten und staatlichen Schulen und Verbänden hervorgehen. Es wurde betont, daß in den eigentlichen landwirtschaftlichen Berufen der Mann überall die Frau verdrängt und diese keine Berufsaussichten habe.

Es ist bekannt, daß im allgemeinen für die hauswirtschaftlichen Berufe wenig Neigung besteht. Die mangelnde Freiheit, die nicht festbestimmte Arbeitszeit und das Einkommensmangel in der Lebensführung anderer läßt mehr noch als die vielfach unzureichende Bezahlung andere Berufe als begehrenswerter erscheinen. Die wirtschaftliche Not der letzten Zeit hat allerdings bewirkt, daß die Nachfrage nach solchen Stellen gestiegen ist. Unter den Bewerberinnen befinden sich aber viele Frauen, die gezwungen sind, sich in ihren alten Tagen selbst zu unterhalten; Abgahne und Entlassene in Handel und Industrie und ähnliche; sie betrachten die hauswirtschaftliche Beschäftigung nur als Not- oder Durchgangsberuf. Es ist daraus ersichtlich, wie die Verhältnisse in den städtischen wie in den ländlichen hauswirtschaftlichen Berufen mit der politischen und wirtschaftlichen Lage des Landes zusammenhängen.

Die Zahl der Frauen, die sich durch gesellschaftliche Vorurteile davon abhalten lassen, sich beruflich selbständig zu machen, schwindet immer mehr. Auch vom Erwerb abgesehen wird heute vielfach eine bestimmte Arbeit einem oben und zwecklosen Dasein vorgezogen. „Nichts ist nächst dem Kranken“, sagt Stuart Mill, „so verhängnisvoll für den freubigen Genuß des Lebens als der Mangel an einem würdigen Wirkungskreis“. Würdig kann ein Wirkungskreis aber nur sein, wenn er mit nutzbringender Arbeit verbunden ist, im Gegensatz zu der Auffassung jenes Korpsstudenten in „Simplizissimus“, der den stolzen Anspruch tat: eine Beschäftigung müsse schließlich jeder Mensch haben, sie dürfe nur nicht in Arbeit „ausarten“. Groß ist freilich noch die Zahl der Frauen, die nichts Ordentliches gelernt haben. Diese Sorglosigkeit oder Nachlässigkeit hat auch so mehr, je größer die Nachfrage nach Arbeit ist. Querschnitts durch die angestellten, die für die Arbeit am fähigsten sind. Den Bemühungen der Frauen aber, denen die Bedeutung der Berufsarbeit in heutiger Zeit klar geworden ist, ist es gelungen und gelingt es noch täglich, die Zahl der den Frauen zugänglichen Berufe ständig zu vermehren; ihre Zahl ist heute kaum mehr zu übersehen. Damit soll aber nicht gesagt sein, daß die Frau in allen den Tätigkeiten, in die sie während des Krieges gelangt ist, hätte verbleiben sollen. Ein solches Verlangen ist von den Frauen selbst nicht gestellt worden. Zweifellos hat es sich aber im Kriege gezeigt, daß die Frauen viele Arbeiten leisten können, die ihnen vor dem Kriege weder zugetraut noch zugemutet worden wären.

Die vielseitige Verwendungsfähigkeit der Frauen und Mädchen haben sich insbesondere Handel, Industrie und Verkehr zunutze gemacht. Die Frage, ob diese Arbeit gleich der Männerarbeit bezahlt werden soll, wird verschiedentlich beantwortet. Während die Arbeitgeber meist für eine geringere Entlohnung sind, wünschen viele männliche Angestellte, daß die Bezahlung gleich sein solle, um das Unterbleiben nach Möglichkeit auszugleichen. Wichtig für die Betätigung im Handel ist, fremde Sprachen zu beherrschen; mehrmaliger Wechsel der Beschäftigungsstellen ist für eine allseitige Ausbildung von Bedeutung. Zu den von Frauen schon länger besetzten kaufmännischen Stellen sind in letzter Zeit die

der Dekorateurin und der Reisenden hinzugekommen. In vielen Gewerben und in zahlreichen Industrien sind Frauen beschäftigt. Vor allem beschäftigt die Textilindustrie viele Frauen, zum Teil als Heimarbeiterinnen; im allgemeinen lohnbarer als solche Heimarbeit ist die Kurbel- und Maschinensülender, die verhältnismäßig rasch auf der Fachschule erlernt werden kann. Ob die Ausübenden besser oder schlechter sind, wird hier wesentlich durch die Höhe mitbestimmt. In der Technik sind Frauen tätig als Assistentinnen, Chemotechnikerinnen, Metallographinnen und technische Zeichnerinnen.

Häufig wird jetzt den Mädchen der Rat gegeben, ein Handwerk zu lernen. Dies hat infolge einer gewissen Berechtigung, als im Laufe der letzten Jahrzehnte eine Reihe von Berufen, die hauptsächlich oder ausschließlich von Frauen ausgeübt werden, als Handwerke im Sinne der Gewerbeordnung anerkannt und geregelt worden sind. Auch in zahlreichen anderen Handwerken sind Frauen mehr und mehr zu den Handwerksprüfungen zugelassen worden. Leider besteht in dieser Beziehung keine Einseitigkeit, da diese Fragen von den einzelnen Handwerkskammern für ihre Bezirke geregelt werden können und verschiedenartig geordnet worden sind. Im großen und ganzen ist die wirtschaftliche Lage des Handwerks zurzeit keinesfalls so, daß es angebracht ist, verhältnismäßig vielen Frauen dazu zu raten. Lehrlingsangebot und Nachfrage sind in den einzelnen Handwerken ganz verschieden. Ein Hauptfeld der Handwerkerin ist das Bekleidungs- und Textilgewerbe. Fast alle Berufsämter aber berichten, daß hier die Nachfrage nach Lehrlingen größer sei als das Angebot, während gleichzeitig über Mangel an geschulten Arbeitskräften geklagt werde. — Sehr wechselläufig sind auch die Ausübenden in den sogenannten atademischen Berufen. Sie sind fast alle überflüssig. Ein solches Studium gar ohne ausreichende Geldmittel zu unternehmen, ist mehr als gewagt. Also auch hier kann nur geraten werden, bei der Berufswahl in jedem einzelnen Fall gründlich mit sich zu Rate zu gehen.

Ganz allgemein kann die Beobachtung gemacht werden, daß die Frauen, ihrer geistigen Veranlagung entsprechend, sich mit Vorliebe den Berufen zuwenden, bei denen es sich um Pflege und Fürsorge um Menschen handelt. Diesen Streben dienen pflegerische, erzieherische und soziale Fachschulen. Diese Fachschulen wollen alle die Kenntnisse vermitteln, die zur erfolgreichen Ausübung der Erziehung, Pflege und Wohlfahrt nötig sind. Nach der Entwicklung in der letzten Zeit zu urteilen wird der Bedarf an solchen Stellen allmählich größer werden. Wir brauchen Führerinnen auf diesen Gebieten, die die wissenschaftliche Durchbildung in diesen Berufen übernehmen können. Diese Aufgabe soll die unlängst in Berlin gegründete „Akademie für soziale und pädagogische Frauenarbeit“ erfüllen. Sie will bestimmte Aufgaben, die den Frauen besonders naheliegen, in einem bestimmten Geist und in einer besonderen Form der Behandlung pflegen. Es sollen Gesundheitslehre (Hygiene), Erziehungslehre (Pädagogik), Seelenkunde (Psychologie) und Sozialwissenschaften gelehrt werden. Besonders Begabten soll zu einem äußeren Aufstieg und zu einem tieferen Eindringen in die geistigen Grundlagen ihres Berufes verholfen werden. Die Akademie will auch wissenschaftliche Kurse für Mütter abhalten und hat sich ein eigenes Forschungsinstitut angegliedert.

So sehen wir allenthalben Kräfte am Wert, die Anlagen und Fähigkeiten der Frauen auszubilden und diese zu erfolgreicher Berufsarbeit zu befähigen. Die Aufgabe ist groß und schwer. Viele Hemmnisse und Hindernisse sind zu überwinden. Oft besteht die Gefahr, daß Vorteile auf dem einen Gebiet mit Nachteilen auf einem anderen erkauf werden müssen. Welche Fülle von Schwierigkeiten taucht schon auf bei der Frage: Wie verhalten sich Ehe und Mutterchaft zur Berufsausbildung? Es wird noch jahrelanger Forschungen und Erfahrungen bedürfen, bis nur auf diesen Teilgebieten befriedigende Erkenntnisse gewonnen sind und zum Wohle des Volkes und seiner Wirtschaft angewendet werden können.

Ein Mann von der Straße wohnte einer Deputierten- sichtigung bei, in der Steuerertrag behandelt wurden. Als die Sitzung für geschlossen erklärt wurde, rief er aus: „Die guten Herren — ich möchte mein Leben lang für sie arbeiten!“

„Was haben Sie denn für eine Profession?“ fragte ihn ein Diener.
„Ach bin Seiler!“ antwortete jener.

„Lach mich tun, was ich Lust habe!“
„Rein, bleib davon, komm' doch zu dir, Marie ... Das Bild steht ganz in verrotteten Rahmen ... fühlst du denn nicht, wie sehr du sie geliebt haben mußt?“
„Drei Bilder ... von solcher Person ... gut mal die Augen!“ Das gemeine Dasein ... nimm sie da weg, wenn ich sie nicht alle zer schlagen soll!“
„Sprich doch leise ... den! an dein totes Kind!“
„Rein armer, armer Junge! ... Wenn ich da gewesen wäre, hättest du eine bessere Pflege gehabt ... wärst du wieder genesen ... so 'ne schlumpertige Person ... überall liegen ihre Sachen herum ... da steht 'ne Dose Wädel ... sie puderte sich ... sie puderte sich ... da unterm Stuhl liegt ihre Pantoffeln ... seine Madams, das ... Chevreauler mit Gold und hohen Haken ... Hast du mich auch schon mal solche Sachen tragen sehen? ... Da liegen wieder Haarnadeln ... was ist denn das ... nun gut mal einer an ... sie schminkt sich ... Lippenfarbe ... so ein elendes Geschöpf.“
„Weiß doch!“
„Sprich du doch leise, wenn du stehst, woran sich unser armer Jan weggeworfen ... brauchst du noch mehr Beweise ... gut da in der Hand die Schmuckstücke ... alles von unserm Geld ... sie soll sofort ihr Bündel schnüren ... ver- stehst du ... keine Minute länger will ich diese Sachen hier im Hause haben. Gepöblert hat sie ihn, ausgelogen! Diese Glückseligerin! Diese greuliche Person!“
„Marie, wenn du bedächtest, daß da im Altkoven ...“
„Tot ist er ... tot! Kein Wort mehr hat er für uns ge- habt ... seine eigene Mutter ... sein eigener Vater ... ach, wär' ich doch statt seiner tot!“
„Kind, nun geh' zurück ins Hotel ... der Wagen wartet

ichon ... du kannst doch hier nichts mehr tun ... hier nimm deinen Mantel ...“
„Rein, ich geh' nicht allein ... Du mußt mit!“
„Fahr' nur schon voraus ... ich will noch alles ab- schließen und ordnen ...“
„Die Person ist gewiß noch hier ... du willst noch mit ihr reden?“
„Rein, sie ist weg!“
„Rein armer Jan! Mein bester Jan! ... Bergid mir ... ich war schlecht zu dir ... ich nicinte es so gut ... mit dir, mein Liebling!“
„Nach die Altkovenfür zu. Was bist's, daß du ihn noch länger ansiehst? ... Soll ich dich an den Wagen bringen?“
Die Hausfrau fiel zu. Laut rasselte der Wagen davon. Auf den Beinen schlich er an eine Tür hinten auf dem Gang.
„Madame.“
Die Tür ging auf.
„Meine Frau ist weg, Madame!“
Ohne ihm zu antworten, ließ sie an ihm vorbei ins Zimmer nach dem Altkoven und begann den Toten zu berzen und zu küssen.
„Lassen Sie ihn liegen ... seien Sie doch vorsichtig ... Madame ...“
Still sank ihr Kopf aufs Kissen.
So glückte sie selbst einer Toten.
„Sehen Sie sich lieber ... regen Sie sich doch nicht so auf, Madame!“
Sie rührte sich nicht.
„Es wäre doch wohl besser, Madame, wenn Sie nun fortgingen, hier können Sie doch nicht bleiben ... Das Haus muß ja abgeschlossen werden ... könnt' ich Ihnen sonst

irgendwie helfen? ... Hören Sie mich nicht, Madame? Madame!“
„Ach höre.“
„Wenn Sie vorläufig irgend etwas mitnehmen möchten? ... Morgen ... übermorgen werde ich Ihnen sonst alles zu- senden ... wenn Sie mir Ihre Adresse aufgeben.“
„Meine Adresse? Ja ... so ... ich muß hier weg!“
„Kann ich Ihnen sonst helfen?“
„Danke, nein! Ich habe alles.“
„Kommen Sie nun von dem Bett weg, Madame!“
„Ja.“
„Wollen Sie nicht etwas trinken?“
„Nein ... wo ist mein Hut?“
„Ach Hut? ... Wo ist der Hut? ... O, hier am Boden lag er, bitte, Madame!“
„Danke Ihnen.“
„Haben Sie keinen Mantel? ... Es ist draußen kalt!“
„Mein! Es ist schon gut.“
„Bitte, machen Sie nun den Altkoven zu, Madame.“
„Ja ... seh' ich ihn nun den letztenmal?“
„Ja, Madame, Sie begreifen doch ... es wär' doch un- möglich ... Sie ... zur Beerdigung ...“
„Ja ... starb er ruhig?“
„Er hat uns nicht mehr erkannt ... küssen Sie ihn doch nicht mehr. Tote zu küssen, soll nicht gut sein, Madame!“
„Adieu, mein Herr!“
„Adieu, Madame ... an welche Adresse muß ich die Kleider ...?“
„Ach weiß noch nicht!“
„Was wollen Sie nun beginnen, Madame?“
„Ach weiß noch nicht ... adieu, mein Herr!“
„Adieu, Madame!“

Millionenumfänge großer Konsumvereine.

Die Steigerung der Warenmenge der Konsumgenossenschaften drückt sich in besonders hohen Zahlen der Monatsumsätze einiger größter Genossenschaften des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine aus. So berichtet vorläufig die Hamburger „Produktion“ über einen Warenumsatz im Monat Dezember 1925 in Höhe von 4 752 662 Mk. Der Konsumverein „Vorwärts“, Dresden, verzeichnete einen Monatsumsatz im Dezember von 3 326 825 Mk. Die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend zählte 3 111 570 Mk. Umsatz im Dezember. Der Konsumverein „Eintracht“, Essen, erzielte im gleichen Monat einen Umsatz von 2 255 977 Mk. Um mehr als 2 Millionen Mark Umsatz brachte es auch die Konsumgenossenschaft „Vorwärts-Befreiung“, Barmen, nämlich auf 2 046 150 Mk. Damit ist die Zahl der Vereine mit mehreren Millionen Mark Umsatz im Monat aber noch nicht ganz erschöpft. Reichlicher ist die Zahl der Konsumgenossenschaften, die 1 Million Mark und mehr im Monat Dezember v. J. erreicht haben. Die wirtschaftliche Bedeutung der Konsumvereine drückt sich unübertroffen in solchen Umsatzahlen aus.

Aus dem Gau 9 (Hannover).

Auch im Gau 9 ist es wie anderswo gegangen. Mit der Kündigung des Reichstarifes haben die Unternehmer erreicht, daß eine Bewegung unter der Kollegenschaft erzeugt wurde, woran wir unsere Hilfe leisten wollten. Von einer Versammlungsmöglichkeit kann nicht mehr gesprochen werden. Die Versammlungen in den Orten Uelzen, Lüneburg, Hildesheim, Hannover, Braunschweig, Goslar, Göttingen, Minden, Deynhausen, Salzdahl, Detmold, Bielefeld, Herford, Bünde, Melle, Osninghausen, Osnabrück und Seher hatten alle einen sehr guten Besuch aufzuweisen, zum Teil waren alle Mitglieder und mehr erschienen. Ein Zeichen, wie die Kündigung unter der Kollegenschaft gewirkt hat.

In allen 18 Versammlungen sprach Kollege Spartzahl vor einer aufmerksamen Zuhörerzahl, über die Kündigung des Reichstarifes, der nach Angabe des DBB, nicht mehr tragbar sein soll. Der Inhalt seiner Rede kann bei unseren Mitgliedern als bekannt vorausgesetzt werden, da verschiedene oben genannte Zahlstellen eingehende Berichte gefandt haben.

Überall kam in den Diskussionen zum Ausdruck, daß man sich einen Lohnabbau nicht gefallen lassen könne, da mit dem jetzigen Lohn kaum auszukommen ist. In allen Orten fand die Annahme einer Entschädigung statt, welche befragt:

Keinen Lohnabbau, sondern Weiterbestehen des Reichstarifes, Erhöhung der Prämie nach dem Buchdruckerlohn, sowie Gleichberechtigung mit den Buchdruckern in puncto Ferien und Feiertagsbegleichung und Beseitigung der Sonderbestimmung für die Städte unter 10 Prog. Volksgeldsatz.

Damit diese Forderungen durchgesetzt werden können, verpflichteten sich alle Versammelten, dafür zu sorgen, daß auch der letzte Indifferente der Organisation zugeführt wird.

Das Vorgehen der Unternehmer hat die Kollegenschaft aufgerüttelt und zum Kampfe mobil gemacht.

W. Spartzahl, Hannover.

Aus den Zahlstellen.

Hannover. Am Mittwoch, den 10. Februar, fand unsere gut besuchte Jahres-Generalversammlung statt. Kollege Spartzahl gab in seinen Ausführungen zum Geschäftsbericht einen Rückblick über das Vorjahr, aus welchem zu ersehen war, daß da, wo es sein mußte, die Organisation zur rechten Zeit auf dem Posten war und dadurch nebenswerte Erfolge erzielen konnte. Besonderen Dank sprach er der Mitarbeit der Gesamtvorstände und der Funktionäre aus. Im weiteren machte Kollege Spartzahl auf die uns bevorstehenden Kämpfe aufmerksam und brachte zur Kenntnis, daß schon bei der Firma Eißler u. Krieger mehreren Kollegen, welche nicht direkt in der Druckerei beschäftigt sind, seit November der Lohn erheblich gekürzt sei. Auch wurden bei der Firma König u. Ebbardt unseren im nicht technischen Betriebe beschäftigten Kollegen gekündigt mit der Begründung, daß sie für den Tariflohn nur noch bis zum 28. d. M. in Frage kämen und nach angeführtem Termin mit dem Buchbinder-Hilfsarbeiterlohn vorlieb nehmen müßten, andernfalls ihre Entlassung erfolge. Die Angelegenheit E. u. K. ist bereits dem Gewerbegericht zur Entscheidung übergeben. Der Redner forderte die Kollegenschaft auf, sich mehr um Organisations-Angelegenheiten zu kümmern, damit, wenn es notwendig sei, die Kollegen und Kolleginnen rechtzeitig von den Anweisungen der Organisation folgen können. — Den Kassenbericht über das Jahr 1925 gab Kollege Wambacher, aus welchem eine Gesamteinnahme von 32 006 Mk. zu entnehmen war. An die Hauptkassen wurden hier von 23 283 Mk. abgeführt. Das Orisovermögen betrug am 1. Januar 1926 1182 Mk. — Mitgliederbestand am 1. Januar 1926: 1066 Personen. — Dem Kassierer wurde Entlohnung erteilt. — Bei der Vorstandswahl verblieben die bisherigen Vorstandsmitglieder bis auf eine Erziehung, in welcher die Kollegin Clara Emma gewählt wurde, auf ihren Posten. Außerdem wurde der Kollege Busse neu hinzugewählt. Zum Schluß geistete Kollege Polarnowski das „Miasmagement“ unter der Kollegenschaft; er hofft, daß dieses Uebel angeht, der sich häufenden tüchtigen Ueberfälle durch die Unternehmer bald aussterben möge, um bei den kommenden Kämpfen geschlossener denn je vorgehen zu können.

Wittenberg, Bez. Halle. In der Versammlung am 11. Februar — in der zunächst interne Angelegenheiten (Vorstandswahl usw.) erledigt wurden — sprach die Gauleiterin, Kollegin Frau Auguste Boffe-Wagdeburg, eingehend über die derzeitige Lage im Buchdruckergewerbe und die allseits bekannte Kündigung des Reichstarifes. Die Rednerin erläuterte in ihrem etwa einstündigen Vortrag die Lage der Unternehmer, die keineswegs dargelegt sei, um die geforderte Beseitigung des Reichstarifes gerechtfertigt erscheinen zu lassen, zum anderen aber auch die Verhältnisse der Arbeiter und Arbeiterinnen, die wahrlich nicht derartige seien, um einen Abbau zu vertragen zu können. Speziell die weiblichen Arbeiter feuerte die Rednerin an, reges Interesse für die Verbandsangelegenheiten zu bekunden, denn gerade mit der Laubheit der weiblichen Arbeiter rechnen die Unternehmer. Die Versammlung folgte mit ungeheurer Aufmerksamkeit den interessanten Ausführungen

der Kollegin Boffe und brachte nachdrücklichst zum Ausdruck, den aufgeführten Kampf nötigenfalls aufzunehmen und sich geschlossen hinter ihre Organisation zu stellen. — Auf Anregung der eingeladenen und anwesenden Vorstehenden des Buchdrucker- und Buchbinder-Verbandes wurde dann noch die Gründung bzw. Wiederaufhebung des „Graphischen Kartells“ und der Beitritt unserer Ortsgruppe beschlossen.

Zittau. Generalversammlung am 10. Februar. Zur Tarifkündigung referierte Kollege Herrmann-Dresden. Er führte den Versammelten vor Augen, warum die Unternehmer den Hilfsarbeiterlöhne getündigt haben und keinen neuen mehr abschließen wollen. Näher auf das Referat einzugehen, erübrigt sich nach den Veröffentlichungen in der „Solidarität“. Er schloß den Vortrag mit einem Appell an die Kollegenschaft, nicht nur die Beiträge zu zahlen, sondern auch mitzuwirken an dem Aufbau der Organisation und nicht eher zu ruhen, bis der letzte Nichtorganisierte der Organisation zugeführt ist.

Dann gab Kollege Bär den Jahresbericht und Kollegin Kahner den Kassenbericht; ihnen wurde Entlohnung erteilt. In den Vorstand wurden gewählt: Kollege Bär als Vorsitzender, Kollegin Kahner als Kassiererin und die Kollegin Hentfchel als Schriftführerin. Als Revisoren die Kolleginnen Matejcek und Kircke und als Orisaußschißmitglied die Kollegin Matejcek. — Der Vorsitzende schloß die Versammlung mit dem Wunsche, daß in diesem Jahre die Kollegenschaft mehr Interesse zeigen und die Versammlungen besser besuchen möge als im letzten Jahre.

Zwickau. An der sehr gut besuchten Versammlung am 17. Februar 1926 nahm die Zwickauer Kollegenschaft Stellung zur Tarifkündigung. Kollege Täubrich aus Dresden, welcher in Vertretung des Gauleiters Herrmann sprach, vertrat es vorzüglich, die Aufmerksamkeit aller in seinem fünfviertelstündigen Vortrag auf sich zu richten. In seinen Ausführungen hob er besonders hervor, daß nur den Anweisungen des Hauptvorstandes Folge zu leisten ist. Alle Sonderabmachungen mit den Unternehmern müssen abgelehnt werden. Nur durch Treue zum Verband, durch den festen Zusammenhalt der Mitglieder und träftiges Mitarbeiten können wir die wirtschaftliche Krise überwinden. Seine Worte und Beispiele haben bei der Zwickauer Kollegenschaft guten Boden gefunden, was sie durch nachsichende und einstimmig angenommene Entschlüsse fundgaben: „Die Kollegenschaft der Zahlstelle Zwickau erklärt nach Entgegennahme des Vortrages des Kollegen Täubrich über die Kündigung des Reichstarifes einstimmig, sich geschlossen hinter ihre Organisation zu stellen. Auch die Provinzkollegenschaft denkt nicht daran, den Reichstarif aufzugeben. Sie wird mit allen Mitteln den Reichstarif verteidigen.“ Unter Verschiedenes wurde der Vorschlag des Vorsitzenden, die Generalversammlung erst nach Erledigung der Reichstarifverhandlungen abzuhalten, gutgeheißen.

Rundschau.

Wie der Preisabbau verfindert wird. Wie wenig die privaten Unternehmer und, als ihre sfigamen Hörigen, die Kleinbändler, bemüht sind, den breiten Verbraucherarmen durch günstige Preisgestaltung zu helfen, beweist ein Verpflüchtungschein, der, soweit bekannt, von allen Firmen zu unterzeichnen ist, die „Dreiring-Seife“ führen. Nach diesem Schein verpflichtet sich der Händler: 1. Sprühseife nur zu den von ihr für den Weiterverkauf jeweils festgesetzten Preisen ohne weitere Vergünstigungen anzubieten oder zu liefern; 2. nur an Firmen und Geschäfte Sprühseife zu verkaufen, von denen bekannt ist, daß sie sich zur Einhaltung der vorgeschriebenen Preise verpflichtet haben; 3. an Geschäfte, die seitens der Dreiring-Werke für die Beseitigung von Sprühseife gesperrt sind, oder die die festgesetzten Preise nicht einhalten, weder direkt noch indirekt zu liefern, ebenso an Straßenhändler sowie ins Ausland nur mit Genehmigung der Firma. — Wer dagegen verstößt, soll 1000 Mk. Konventionalstrafe zahlen. Man sieht, wie der Preisabbau „gefördert“ wird. Die Verbraucher aber können zweierlei aus dem Borgang lernen: Erstens, wie sie an einem wichtigen Bedarfgegenstande gerupft werden, wenn dessen Herstellung sich ausschließlich in den Händen von Privatkapitalisten befindet, und zweitens, wie wichtig es für sie ist, Eigenbetriebe zu besitzen. Die konsumgenossenschaftlich organisierten Verbraucher können solchen Treiberleuten in aller Gemütsruhe zusehen. Ihr Bedarf kann restlos durch die vorzüglichen, jeder Konkurrenz gewachsenen Seifen und Waschlmittel der Seifenfabriken der Großverkaufsgesellschaft in Gröda und Düsseldorf gedeckt werden.

Wer hat gelogen? Die Braunschweigische Kohlenbergwerke A.-G. in Helmstedt teilt in ihrem Geschäftsbericht für das verlossene Jahr u. a. mit, daß sich die Rohförderung von 3,11 Millionen Tonnen im vorliegenden Geschäftsjahre auf 3,48 Millionen Tonnen im letzten Geschäftsjahre erhöht hat. Der Rohkohlenverkauf tonnte von 1,2 Millionen Tonnen auf 1,4 Millionen Tonnen, die Brissetellstellung von 710 000 auf 738 000 und die Stromerzeugung um 20 Pro. gesteigert werden. Dabei hat die genannte Firma im Laufe des Berichtsjahres die Belegschaft von 4042 auf 3174 Köpfe abgebaut. Die Aktiopolen in der Bilanz, insbesondere die Bankguthaben, zeigen eine äußerst günstige Entwicklung, so daß die Gesellschaft mit einem Aktientkapital von 12,75 Millionen Mark einen Reingewinn von 1,52 Millionen Mark erzielte. Daraus wird eine Retorddividende in Höhe von 12 Proz. verteilt.

Die Brauntuchindustrie gehört zu den Wirtschaftszweigen, die ständig über eine schlechte Geschäftslage klagen. Sie hat es denn auch erreicht, daß die Schichtzeit für die Belegschaft ganz bedeutend über den Achtstundentag, den Normalarbeitszeit, erhöht wurde. Das glänzende Ergebnis der Braunschweigischen Kohlenbergwerke beweist schlagend, daß man in der Brauntuchindustrie bei Gelegenheit der Schichtverlängerung die Lage so dargestellt hat, wie sie nicht ist, mit dem ausgesprochenen Zweck, den Arbeitstag zu sabotieren.

Eheberatung und Klassenzugehörigkeit. Die Wiener Eheberatungsstelle, wie der Leiter des Instituts, Dr. Karl Raubitsky jun., in der „Bereitschaft“ berichtet, wird mit wenigen Ausnahmen von Angehörigen der Arbeiterklasse, von Kopf- und Handarbeitern, aufgesucht. Gar mancher der Aufsuchenden stammt aus den dunkelsten Tiefen des Lumpenproletariats, der ewig betrunkene Vater, die lungenfranke Mutter, der schwachsinnige Bruder, die prostituierte

Schwester haben ihm die Augen geöffnet, die er nun mit Schauern von der Umgebung abwendet, der er erstarrt und der er mit aller Kraft entflieht. Nahezu ein Drittel aller Aufsuchenden sind Gesunde, die das Amt lediglich nur zur Feststellung ihrer Gesundheit aufsuchen. Echte vererbliche Degenerationen waren verhältnismäßig selten wahrgenommen, es waren einige in die Augen springende Fälle darunter, bei denen schwere Belastung in mehreren Generationen nachweisbar war. Wenn hier von der Ehe nicht abgeraten werden konnte oder mußte, empfahl die Eheberatungsstelle die künstliche Unfruchtbarmachung.

Literatur.

Die „Frauenwelt“. Die das ganze deutsche Volk bewegende Frage der Frauenabfindung hat auch dem neuen Heft 4 der „Frauenwelt“ ihren Stempel aufgedrückt. Die „Frauenwelt“ ist die Zeitschrift der sozialdemokratischen Frauen und erscheint vierwöchentlich. Jedes Heft kostet 30 Pf., mit Schlußheften 30 Pf. mehr. Anzeigen werden durch alle Postbuchhandlungen und Postanstalten oder direkt vom Verlag S. S. W. Dieckhoff, Berlin SW 68.

Die „Gemeinde“. Diese Halbmonatsschrift für sozialistische Arbeit in Stadt und Land ist immer mehr zum unerlässlichsten Berater aller sozialistischen Gemeindevertreter geworden. Sie kostet monatlich 90 Pf., zu beziehen durch alle Postbuchhandlungen und Postanstalten oder direkt vom Verlag S. S. W. Dieckhoff, Berlin SW 68.

„Raben links“, das republikanische Blatt für Arbeit und Kultur. Jede Nummer kostet 20 Pf. und ist durch alle Postbuchhandlungen und Postanstalten zu beziehen, oder direkt vom Verlag S. S. W. Dieckhoff, Berlin SW 68.

Naturfreunde-Kalender 1926. Herausgegeben von E. B. „Die Naturfreunde“, Zentrale Wien. Dieser schön abgezeichnete bringt prächtige Bilder von den Naturfreundeclubs und Freizeitsport. Er ist von allen Naturfreunden der „Naturfreunde“ und auch durch jede Buchhandlung zum Preise von 1,50 Mk. zu beziehen.

Wie fördert man die Bildungsarbeit? Schon lange besteht in Parteikreisen das Bedürfnis, ein Organ zu besitzen, in dem nicht nur die in der Bildungsarbeit tätigen Genossen und Genossinnen, sondern alle, die an ihrer Selbstbildung arbeiten, Anregungen und Anweisungen finden können. Nicht minder stark ist das Bedürfnis bei allen in Partei, Gewerkschaften, Genossenschaften, Kulturorganisationen usw. tätigen Funktionären, eine feste Verbindung zwischen der Theorie und Praxis der Arbeiterbewegung herzustellen und dadurch eine größere Verlesung der gesamten Bewegung zu erzielen. Allen diesen Bedürfnissen sieht die von Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit herausgegebene Zeitschrift „Die Bildungsarbeit“ entgegen. Auch das (oben erwähnte) Heft enthält die „Bildungsarbeit“ bringt nicht nur eine große Anzahl von Aufsätzen wissenschaftlicher und literarischer Arbeiterinnen, es sucht vor allem durch inheimische Bildungsarbeit durch einzelne Wissensgebiete, durch Besichtigungen von Ausstellungen usw., allen geistig interessierten Genossen in der Arbeiterbewegung und darüber hinaus auch allen, die sich für soziale und kulturelle Fragen interessieren, wichtige Anregungen und praktische Hinweise zu geben. — Es kann deshalb allen in Frage kommenden Personen nur empfohlen werden, die neue Zeitschrift, die zum Preise von 1,50 Mk. für das Vierteljahr bei der Post abbestellt werden kann, zu bestellen und Refer für sie zu werden. Werbematerial stellt der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit gern zur Verfügung.

Abrechnungen.

In der Woche vom 15. bis 21. Februar gingen folgende Abrechnungen des 4. Quartals bei der Hauptkasse ein:

Frankfurt a. M. (Gau 2), Hannover (Gau 9).
In Selbstbindungen kamen aus:
Frankfurt a. M.: 6449,50 Mk.,
Dresden: 14 293,67 Mk., Breslau: 2500,— Mk.,
Berlin: 1000,— Mk., Magdeburg 620,— Mk.,
Bielefeld: 1. Rate für 1. Quartal 500,— Mk.
Berlin, den 20. Februar 1926. S. S. W. Dieckhoff.

Für die Woche vom 28. Februar bis 6. März ist die Beitragsliste in das mit 9 bezeichnete Feld des Mitgliedsbuches oder -karte zu legen.

Berlin.

Wir bringen hierdurch zur Kenntnis, daß sich Bureau und Kasse der Ortsverwaltung als Montag, den 1. März 1926 in den neuen Räumen Luise-Ufer 37 (alte Ritterstr. 1) (Tel.: Wpl. 8008) befinden. Der Arbeitsnachweis bleibt vorläufig noch in der Alten Jakobstr. 5. Die Vertretung wird zur gegebenen Zeit bekanntgegeben. Der Ortsverband. C. Großmann.

STERBETAFEL

Nach langem Krankenlager verstarb unsere liebe Kollegin Wilhelmine Bank (in Firma Prof. Sozialist.-Drucker) im Alter von 68 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahrt der Verstorbenen Die Mitgliedschaft Frankfurt a. M. Nach 12wöchiger Krankheit starb unser lieber Kollege und Mitglied, der Kopfdrucker Ferdinand Gänßer (in Firma Edler & Krieger) im Alter von 71 Jahren. Ehre seinem Andenken! Am 17. Februar starb nach ganz kurzer Krankheit unser lieber Kollege und Mitglied, der Papierbeschneider Rudolf Bock (in Firma Edler & Krieger) im Alter von 62 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahrt den Verstorbenen Die Zahlstelle Hannover.

Verantwortlich für Redaktion: A. Schulze, Charlottenburg, Westschelstraße 16. Fernruf: Amt Westend 1322. — Verlag: S. S. W. Dieckhoff, Berlin SW 68. — Druck: Bornhorts-Verlag und Verlagsanstalt „auf Singer u. Co., Berlin SW 68.